

Dan Michels

# Eine beachtliche Kontinuität

## Über 40 Jahre Atom-Widerstand in Luxemburg

Seit Anfang der Siebzigerjahre haben sich in Luxemburg zuerst die Zivilgesellschaft und später dann auch mehr und mehr Politiker, ganze Gemeinderäte und einzelne Parteien aktiv gegen die Atomkraft eingesetzt. Begonnen hat es 1973 mit dem Kampf gegen das damalige CSV-DP-Projekt eines luxemburgischen Atomkraftwerks in Remerschen. Dieses Projekt konnte durch wachsenden Widerstand und eine knapp negative Abstimmung auf dem Kongress des neuen Koalitionspartners LSAP im Dezember 1977 definitiv *ad acta* gelegt werden.

Nicht verhindert werden konnte dann allerdings die fast zeitgleich beschlossene Errichtung einer französischen Atomzentrale in Cattenom. Die französische Regierung setzte das Projekt durch, trotz der beachtlichen nationalen und grenzüberschreitenden Mobilisierung sowie juristischen Klagen, die am Ende von über 50 Gemeinden, sämtlichen Umweltschutzorganisationen, einer großen Gewerkschaft und Privatpersonen getragen wurden. Diese breite Antiatombewegung hat viele bestehende Organisationen beeinflusst und andere hervorgebracht, wie die grüne Partei im Jahr 1983.

Heute gilt die Ablehnung der Atomkraft als nationaler Konsens und erhält Zuspruch in sämtlichen Bevölkerungsschichten. Viele der langjährigen Forderungen der Atomgegner finden sich nun sogar im Regierungsprogramm wieder.<sup>1</sup> Der Widerstand weist in Luxemburg in dieser Hinsicht eine beachtliche Kontinuität auf.

Natürlich gab es auch schwierige Phasen, in denen die Resignation überhandnahm, doch immer wieder fanden sich motivierte

---

### **Die Ablehnung des AKW Cattenom und der Atomkraft im Allgemeinen bleibt nationaler Konsens – quer durch alle Bevölkerungsschichten.**

---

und engagierte Bürgerinnen und Bürger, um die Dynamik der Bewegung neu anzufachen – gerade vor dem Hintergrund unzähliger Vorfälle in Cattenom und anderen Atomanlagen sowie den globalen Nuklearkatastrophen 1986 in Tschernobyl und 2011 in Fukushima.

Während der Kampf gegen das AKW Remerschen ab 1973 maßgeblich von der „Biergerinitiative Museldall“ und ihrer Gründerin Elisabeth Kox initiiert wurde, artikulierte sich der Widerstand gegen Cattenom in der Gründung des „Nationalen Aktionskomitees gegen Cattenom“, das sämtliche wichtigen Gewerkschaften, Organisationen und Parteien versammelte. Als ab 1986 nicht nur die Umweltschutzorganisationen mit Unterstützung des OGBL, sondern auch etliche Gemeinden juristisch gegen das AKW Cattenom vorgingen, wurde die Koordination der Vorgehensweise immer wichtiger. Um parteipolitische Streitereien zu vermeiden und die Handlungsfähigkeit des Komitees zu erhalten, übernahm zu diesem Zeitpunkt der Mouvement Ecologique die nationale Koordination.

Da man eine möglichst breite und grenzüberschreitende Mobilisierung erreichen wollte, war auch die Vernetzung mit den Parteien und Organisationen aus den Nachbarländern von Anfang an entscheidend. Im Februar 1986 mündete dies in der Gründung der „Internationalen Koordination“ bzw. der späteren „Internationalen Aktionsgemeinschaft gegen das AKW Cattenom (IAC)“, die Vertreter aus Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Lothringen und Luxemburg vereinten. Cattenom wurde zu Recht als Provokation empfunden und der Widerstand wurde seit den Siebzigerjahren sowohl juristisch vor französischen und europäischen Gerichten, als auch politisch in den Räten und Parlamenten der Großregion sowie im EU-Parlament und natürlich auch auf den Straßen ausgetragen.

In den Neunzigerjahren verlor die Mobilisierung dann mehr und mehr an Kraft. Nichtsdestotrotz blieb Cattenom aber das Ziel einzelner Protestaktionen von Greenpeace und anderen Organisationen. Wegen zahlreichen Unregelmäßigkeiten im Betrieb machte Cattenom immer wieder von sich reden und blieb deshalb zumindest in den Parlamenten der Großregion weiterhin Gegenstand zahlreicher kritischer Anfragen und Debatten.<sup>2</sup>

---

Dan Michels ist seit September 2014 Fraktionssekretär von déi gréng. Seit März 2011 ist er Mitglied in der Internationalen Aktionsgemeinschaft gegen Cattenom (IAC) sowie im Nationalen Aktionskomitee gegen Atomkraft.

## Der Fukushima-Effekt

Eine größere Sensibilisierung der Öffentlichkeit gegenüber den Gefahren des AKW gelang erst wieder ab 2003, als EDF eine neue Genehmigung für die radioaktiven, chemischen und thermischen Emissionen in Luft und Mosel beantragte. Während der öffentlichen Anhörungsprozedur konnten seit langem wieder viele Bürgerinnen und Bürger, Organisationen und Gemeinden ihre Bedenken und Einwände grenzüberschreitend einreichen und auch die luxemburgische Regierung hatte eine fundierte Stellungnahme ausgearbeitet. Diese Mobilisierung konnte immerhin einen Teilerfolg verbuchen. Es zeigte sich, dass es dem staatlichen Konzern EDF nicht mehr automatisch gelang, alle seine Wünsche in Gesetze umschreiben zu lassen. Die endgültige Genehmigung seitens der französischen Regierung machte teils deutliche Abstriche. Insbesondere der beantragte sehr hohe Mosel-Einleitungswert für radioaktives Tritium wurde stark reduziert.

Eine wesentlich größere Sensibilisierungswirkung hatte aber ohne Zweifel die Natur- und Nuklearkatastrophe in Fukushima. Die mehrfache Kernschmelze in Japan, einem hochtechnologisierten Land, hatte ähnlich wie 1979 beim Kernschmelzunfall in Three Mile Island (USA) und 1986 beim Super-GAU in Tschernobyl (Sowjetunion, heute Ukraine) zur Folge, dass die Debatte über die Gefahren der Atomkraft, den Atomausstieg und eine Priorität für sichere und erneuerbare Energien neu entbrannte. Fukushima hat der Weltöffentlichkeit – leider – erneut vor Augen geführt, dass das Risiko der Atomkraftnutzung erheblich größer ist als gedacht.

## Die Aktionskomitees

In knapp zwei Monaten, am 11. März 2015, wird sich dieser bisher letzte Super-GAU bereits zum vierten Male jähren, obwohl die Katastrophe noch lange nicht beendet ist. Auch in Luxemburg und in der Großregion werden Menschen und Organisationen der nuklearen Katastrophe gedenken. Sie werden erneut auf die Dringlichkeit eines schnellen Atomausstiegs hinweisen und an die nach wie



Zeichnung von Foos Deloss aus dem Jahr 1986 (aus: *Cartoons contre Cattenom, Oeko-Fonds, 1986*)

vor existenzielle Bedrohung Luxemburgs durch das AKW Cattenom erinnern.

Zwei dieser Organisationen sind die direkten Nachfolger der bereits oben erwähnten Koordinierungsplattformen, dem Nationalen Aktionskomitee und der Internationalen Aktionsgemeinschaft gegen Cattenom (IAC). Beide wurden kurz nach dem 11. März 2011 reaktiviert und treffen sich seither in unregelmäßigen Abständen.

Die IAC versammelt mehr als 30 Organisationen und Parteien aus Luxemburg und seinen Nachbarregionen. Sie ruft seit 2011 regelmäßig zu Demos und Aktionen auf und versucht gezielt den Protest nach Frankreich zu tragen. Die IAC hatte am Ostermontag 2011 das bisher einmalige Kunststück fertiggebracht, eine genehmigte Dreiländer-Demo mit rund 6000 Menschen direkt am Kühlsee neben dem AKW zu veranstalten. Böse Zungen behaupten, dass EDF kurz darauf das bis dahin öffentliche Gelände von der Gemeinde übernommen habe, um dort zukünftige Veranstaltungen zu verhindern. Seit 2011 organisiert die IAC eine jährliche September-Demo im Zentrum von Metz mit und hat auch schon einen Bus zu Protestaktionen nach Paris geschickt. Nachdem der saarländische IAC-Veteran Henry Selzer sich zurückgezogen hat, wird das IAC von Steffi Nabinger koordiniert – inzwischen rheinland-pfälzische Landtagsabgeordnete der Grünen. Die Ver-

bindung zum luxemburgischen Aktionskomitee stellt der Autor dieses Artikels sicher. Die Dynamik der grenzüberschreitenden Proteste hatte übrigens bereits vor der Fukushima-Katastrophe an Fahrt aufgenommen. So versammelten sich bereits im September 2010 rund 1 500 Menschen am Moselufer in Perl (D), gleich gegenüber von Schengen, zu einem friedlichen Protest.<sup>3</sup>

Das luxemburgische „Nationalen Aktionskomitee géint Atomkraft“ setzt zwar ebenfalls auf Protest und symbolische Aktionen, sieht sich aber vor allem als Plattform für politische Lobbyarbeit gegenüber der luxemburgischen Regierung. Die drei zentralen Gründungsforderungen zielen denn auch alle auf Luxemburg ab und wurden 2011 als Petition von rund 23 000 Menschen unterschrieben:

„Hiermit fordern wir Sie auf, alle Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel auf nationaler Ebene, in der Großregion sowie innerhalb der EU einzusetzen, damit folgende Ziele erreicht werden:

- Ein sofortiger und endgültiger Stopp sämtlicher Atomkraftanlagen, die Luxemburg direkt bedrohen: Cattenom/Chooz/Fessenheim (F); Tihange/Doel (B); Biblis/Philippsburg (D);
- Eine EU-Politik, die der Atomkraft auf allen Gebieten eine klare Absage erteilt;

- Ein nachhaltiges nationales Energiekonzept mit dem Ziel, Luxemburg unabhängig sowohl von atomarer als auch von fossiler Energie zu machen.“

Das Aktionskomitee ist breiter aufgestellt als in den Achtzigerjahren. Es vereint nun insgesamt 31 Organisationen, Gewerkschaften und Parteien und wird wieder vom Mouvement écologique koordiniert.<sup>4</sup>

Neben der Petition war die erste Aktion des Komitees die Organisation einer öffentlichen Demo am Dienstag nach Ostern 2011 auf der Place Clairefontaine in Luxemburg-Stadt. Es folgten weitere symbolische Aktionen, eine Expertenkonferenz über den Impakt von Cattenom auf die Mosel und verschiedene Unterredungen mit der Regierung. Die letzten öffentlichen Aktivitäten waren die Organisation einer Fukushima-Fotoausstellung auf der Ökofoire'14 und der Start des „Remicher Appels“ im Mai 2014. Bei dieser Gelegenheit unterzeichneten Lokal-, National- und Europapolitiker sowie RegierungsvertreterInnen aus Luxemburg, dem Saarland und Rheinland-Pfalz einen Appell an das französische Parlament, worin sie gegen Laufzeitverlängerungen protestieren und für die Schließung von Cattenom eintreten. Dieser Appell wurde später an sämtliche Abgeordneten und Senatoren verschickt. Ziel der Aktion des Aktionskomitees war es im Rahmen der Arbeiten am neuen französischen Energiegesetz den Parlamentariern die spezifischen grenzüberschreitenden Auswirkungen eines möglichen Unfalls in Erinnerung zu rufen und drauf zu drängen, dass neben Fessenheim auch andere grenznahe AKWs wie Cattenom als erste geschlossen werden.

Mit der Wahl des französischen Präsidenten Hollande und dem Koalitionsabkommen mit den französischen Grünen ergab sich eine historische Chance für die Luxemburger Politik. Nach Fukushima und den europäischen AKW-Stresstests wird in Frankreich zum ersten Mal eine breite politische Debatte über Nutzen, Kosten und Gefahren der Atomenergie geführt und in den Medien sind viele kritische Stimmen zu hören. Ziel der Regierung ist es, ihre extreme Abhängigkeit vom Atomstrom bis 2025 von 75 auf 50 % zu verringern sowie das älteste AKW in Fessenheim zu schließen.

Diese Verringerung des Stellenwertes der Atomkraft in der französischen Energieversorgung kann voraussichtlich nur über weitere AKW-Schließungen erreicht werden. Deshalb muss Luxemburg im Verbund mit den Nachbarregionen maximalen Druck aufbauen und mit treffenden Argumenten vermitteln, dass auch Cattenom auf die Liste der zu schließenden Anlagen kommt, anstatt wie von EDF gewünscht bis zu 60 Jahre in Betrieb bleiben soll. Die Regierung entsandte in diesem Kontext bereits im März 2013 eine diplomatische Delegation zur damaligen französischen Ministerin für Energie. Die Delegation bestand neben den Ministern auch aus Abgeordneten und drei Vertretern des Aktionskomitees und kam auf Grund einer von déi gréng initiierten und von der Abgeordnetenversammlung einstimmig angenommenen Motion zu Stande.

## Die Gemeinden

Dass die Petition des Aktionskomitees ein großer Erfolg wurde, lag auch an der Unterstützung durch fast 100 Bürgermeister und Gemeinden, welche sie zur Unterschrift auslegten. Sie hatten sich ab dem 18. März 2011 der in Remich gegründeten Bürgermeisterinitiative des Abgeordneten und Remicher Bürgermeisters Henri Kox angeschlossen, der zusammen mit den Kollegen Alex Bodry (Dudelange), Claude Meisch (Differdange), Raymond Weydert (Niederanven) und Claude Wiltzius (Frisange) die Plattform koordinierte. Die Bürgermeister begrüßten ausdrücklich die Gründung des Nationalen Aktionskomitees und erklärten, es tatkräftig unterstützen zu wollen.

Anlässlich des ersten Treffens in Remich herrschte Einigkeit darüber, dass die luxemburgischen Gemeinden auch juristisch gegen den bevorstehenden Antrag auf Laufzeitverlängerung vorgehen sollen. Neben den drei Grundzielen des Aktionskomitees forderten die Bürgermeister den Abbau jeglicher Hemmnisse für die Gemeinden, eine aktive und nachhaltige Energiepolitik betreiben zu können. Die Bürgermeisterinitiative wurde später in den Bund der Gemeinden umgewandelt, da viele Gemeinderäte die Forderungen ebenfalls formal unterstützten.<sup>5</sup>

Dieser kurze und sehr unvollständige Blick auf die Antiatombewegung zeigt, dass das AKW Cattenom in unmittelbarer Nachbarschaft zu Luxemburg, dem Saarland, Rheinland-Pfalz und Belgien, so große Bevölkerungsschichten grenzüberschreitend mobilisiert hat wie kein anderes Thema in der Region. Auch wenn der Widerstand in Luxemburg heute weniger auf der Straße und vermehrt in der politischen und diplomatischen Arena stattfindet, so ist er dennoch ungebrochen. Die Ablehnung des AKW Cattenom und der Atomkraft im Allgemeinen bleibt nationaler Konsens – quer durch alle Bevölkerungsschichten. ♦

1 Die neue blau-rot-grüne Regierung will den Import und den Verbrauch von Atomstrom in Luxemburg zurückdrängen, betrachtet das internationale Kernfusionsprojekt ITER als milliardenschwere Fehlinvestition, wird sich auf internationaler und europäischer Ebene gegen die Förderung der Atomkraft und für den Ausbau der sauberen Alternativen einsetzen, möchte den Euratom-Vertrag abändern und setzt sich bei den belgischen und französischen Kollegen insbesondere für die Schließung der Atomkraftwerke Tihange und Cattenom ein.

2 Wer gerne mehr über die ersten 20 Jahre des Widerstandes gegen Remerschen und vor allem Cattenom erfahren möchte, sei hier auf die Nummer 6/1993 des Kéisecker verwiesen, der Zeitschrift des Mouvement écologique. Diese beinhaltet z.B. eine 16-seitige chronologische Zusammenfassung der wichtigsten Etappen der Antiatombewegung.

3 Kontakt: iac@gmx.eu und über die Facebook-Seite <https://www.facebook.com/iacattenom>

4 Die Kontaktperson des „Nationalen Aktionskomitee“ ist Paul Polfer (paul.polfer@oeko.lu) und über die Facebook-Seite (<https://www.facebook.com/pages/Lëtzebuurger-Aktionskomitee-géint-Atomkraft/209070672459795>). Die Mitglieder sind Mouvement Ecologique, Greenpeace, OGBL, FNCTTFEL-Landesverband, LSAP, déi gréng, forum, ADR, déi jonk gréng, DP, FGFC, JSL – Jeunes Socialistes Luxembourgaises, Luxemburger Kommission Justitia et Pax, KPL, LCGB, Lëtzebuurger Guiden a Scouten, Fair Trade Lëtzebuerg asbl, déi Lénk, attac Luxembourg, Klima-Bündnis Lëtzebuerg, Eurosolar, Syprolux, FNCTTFEL-Jugend, natur&emwelt; Adrenalin-déi jonk ADR; Friedensinitiativ asbl, Association Luxembourgeoise de Médecine de l'Environnement (A.L.M.E.N.), CSV, Ligue CTF, Biolabel Lëtzebuerg.

5 Die Erstunterzeichner des Appells vom 18. März waren die Bürgermeister folgender Gemeinden: Bertrange, Bettembourg, Betzdorf, Bous, Burmerange, Contern, Clemency, Dalheim, Differdange, Dippach, Dudelange, Esch-sur-Alzette, Flaxweiler, Frisange, Grevenmacher, Hesperange, Kayl, Lenningen, Leudelage, Luxembourg-Ville, Mamer, Mondercange, Mondorfles-Bains, Mertert, Niederanven, Reckange-sur-Mess, Remich, Roeser, Rosport, Rumelange, Sandweiler, Sanem, Schengen, Schifflange, Schuttrange, Stadtbredimus, Waldbredimus, Weiler-la-Tour, Wellenstein und Wormeldange.